

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pfennig. — Anzeigenpreis nach Vereinbarung.

Redaktionsadresse: Die Redaktion des Auer Tageblatts, Postfach 10, 1000 Leipzig. — Telefon 1000.

Telegramme: Auer Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 36

Freitag, den 12. Februar 1932

27. Jahrgang

Das Weltecho der Brüning-Rede

Französische Pressestimmen

Paris, 10. Februar. Die Rede des Reichskanzlers vor der Abrüstungskonferenz wird von der gesamten Presse in zurückhaltendem Ton besprochen. Im allgemeinen wird jedoch die Tendenz für Gleichheit der Rechte und Gleichheit der Pflichten abgelehnt. Im übrigen aber wird festgestellt, daß der Reichskanzler, wenn auch verfehlt, den alten deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage insgesamt aufrechterhalten habe. „Petit Journal“ schreibt: Dr. Brüning hat, indem er fortwährend die Ungleichheit der Rechte betonte, nur feierlich Gebankengänge proklamiert, die bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht worden sind; aber er hat das Verdienst gehabt, dies freimütig in einer geschickten und abfällig gemäßigten Form zu tun. „Deux“ fragt, ob unter gleichen Umständen der Abrüstung summarische Methoden zu verfehlen seien. und ob damit die Sicherheit wirklich für sämtliche Nationen die gleiche sein würde. „Republique“ nennt die Rede sehr gemäßig und hebt hervor, daß sie keine Formel enthalte, die den Plan Tardieus zunächst zu machen strebe. Der offiziöse „Petit Parisien“ hält die Rede für völlig negativ, spricht ihr jede konstruktive Anregung ab und bezeichnet sie als eine Bekräftigung des moralischen und juristischen Rechtes, das das bewaffnete Deutschland angeblich habe, jetzt das Abrüstungsproblem auf der Grundlage gleicher Rechte und einer für alle Völker gleichen Sicherheit gelöst zu sehen. Der „Charme“, der nach Ansicht des Außenpolitikers des „Petit Parisien“ durch den französischen Plan und die Rede Tardieus in Genf geschaffen worden sei, sei bereits durchbrochen; man habe in den Geist der Zusammenarbeit eine Bresche geschlagen. Der Berichterstatter des „Matin“ weist auf die besonders freundliche Aufnahme hin, die Brünings Rede in Genf gefunden hat. Er schreibt, man dürfe die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß Deutschland in Genf Sympathien genosse. Zweifellos bestehe in Genf eine prodeutsche Mythe, die der Kanzler bewunderungswürdig fördere. „Journal“ erklärt: Brünings Rede ist ebenso gemäßig in der Form wie radikal in ihrem Inhalt. Der Reichskanzler hat sich diesmal achtet, auf die Verleugnung der Verträge anzuspähen. Vielmehr hat er im Namen des Versailler Vertrages die Abrüstung und im Namen des Völkerbundes Gleichheit gefordert. Aber Dr. Brüning hat die Gleichheit der durch die Verträge geschaffenen Ordnung vergessen, die erste Bedingung für die Abrüstung ist. „Echo de Paris“ will in Brünings Rede nichts anderes erblicken als das Revancheziel. Die Anspielung auf die Reparationen und die angebliche Ungleichheit der Pflichten als Ursache der Wirtschaftskrise sei grotesk. „Homme Libre“ meint, man müsse die Seelenruhe bewundern, mit der Reichskanzler Brüning erklärt habe, Deutschland würde keinen Pfennig mehr zahlen. Unschwind sei dieser Verstoß gegen Deutschlands Verpflichtung der beste Titel, eine weitere Revision des Versailler Vertrages durch Gleichheit der Pflichten zu fordern. Die radikale „Tribune Nouvelle“ glaubt, die Rede des Kanzlers rechtfertige die französische These, daß der Völkerbund ein Schwert brauche, um Recht und Gleichheit über zu bringen. Das ewige Anzocken gegen die Verträge, das unausführliche Bestreben nach Revision sei das verschleierte, aber tatsächliche Thema der Rede. Der sozialistische „Populaire“ lehnt die Rede deshalb ab, weil nach seiner Ansicht der Kanzler die Frage der Aufrüstung Deutschlands in verschleierte Form habe hineingelesen lassen. Für den internationalen Sozialismus sei die Sicherheit nicht die Bedingung der Abrüstung, sondern die Abrüstung sei die Bedingung der Sicherheit.

Englische Pressstimmen zur Brüning-Rede

London, 10. Februar. Die Morgenblätter wärdigen eingehend die „klare, feste Forderung“ des deutschen Reichskanzlers nach Gleichberechtigung für Deutschland. Der Genfer Vertreter der „Morning Post“ sagt, die Kundgebungen, die Dr. Brüning zuteil wurden, seien zum Teil auf den Glauben zurückzuführen, daß Deutschland heute der Hauptvorkämpfer für Abrüstung sei. Sie seien aber auch eine Huldigung für die Persönlichkeit des Reichskanzlers gewesen. „Daily Telegraph“ schreibt, während der französische Plan wenig Unterstützung mit den Vorschlägen Englands und Amerikas aufweise, habe Dr. Brüning Forderungen aufgestellt, die diesen Vorschlägen ähnlich seien. Die Aufgabe, Differenzen auszugleichen, wie sie durch Deutschlands Forderung nach Gleichberechtigung verursacht werden,

werde vielleicht lange Zeit beanspruchen. „Daily Mail“ sagt: Die vier bisherigen Erklärungen hätten die Frage der Abrüstung wenig, wenn überhaupt, gefördert. Wilson und Brüning, von denen viel erwartet worden war, hätten merkwürdige Zurückhaltung gezeigt. Der Sonderkorrespondent des „Daily Herald“ meldet aus Genf, Brüning habe der Konferenz gestern in öffentlicher Form den Fehdehandschuh hingeworfen, der in der Forderung nach Gleichberechtigung bestehe. Er habe zwar die natürliche Schlussfolgerung nicht ausgesprochen, daß Deutschland bei Nichterfüllung seiner Forderung das Recht zum Aufrüsten beanspruchen werde, aber diese Schlussfolgerung ergebe sich von selbst. Während andere Redner vorsichtige Worte, wie „Begrenzung oder Verminderung“ der Rüstungen brauchten, habe Brüning an dem unzulässigen Wort „Abrüstung“ festgehalten.

Reuter über den Eindruck der Rede Dr. Brünings

London, 10. Februar. Der Genfer Reuter-Korrespondent sagt: Abgesehen von einigen ironischen Bemerkungen, die in französischen Kreisen geäußert wurden, hat die Rede des deutschen Reichskanzlers allgemeine Billigung gefunden. Sie war eine klare, offene und feste Darstellung des deutschen Standpunktes, vermied aber jede Uebertreibung und zeigte Zurückhaltung und Maß. Die Aufnahme der Rede unter der außergewöhnlichen Zuhörerschaft war sehr günstig. Die ganze Versammlung war auf Dr. Brünings Seite und bezeugte dies durch häufigen Beifall.

Die Wiener Presse zur Kanzlerrede

Wien, 10. Februar. In seinem Genfer Bericht über die Wirkung der Rede Dr. Brünings hebt das „Neue Wiener Tageblatt“ die starke Wirkung der Er-

klärung des Reichskanzlers hervor, die durch den Ernst und die Bornehmheit seiner fesselnden Erscheinung unterstützt worden sei. In der „Neuen Freien Presse“ heißt es: Die Worte Brünings sind von besonderer Eindringlichkeit gewesen. Die deutsche These lautet einfach und klar, daß die Lösung des Problems auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Basis der gleichen Sicherheit für alle erfolgen muß. Diese Forderung wird dadurch noch stärker zu wirken vermögen, daß der Kanzler es vermied, auf polemische Einzelheiten einzugehen. Die „Reichspost“ schreibt: Man sucht vergeblich nach einer Formel, die geeignet scheint, die französischen und die deutschen Gegensätze zu überbrücken. Es hätte nur theoretischen Wert, den Plan Tardieus einer genaueren Betrachtung zu unterziehen, denn er wird von allen Ländern abgelehnt, die nicht unmittelbar die französische Militärpolitik unterstützen. Brüning hat darauf verzichtet, den französischen Entwurf und die französischen Abrüstungsthesen ausdrücklich abzulehnen. Das war eine kluge Taktik, die es ihm ermöglichte, die positiven deutschen Forderungen umso stärker herauszuarbeiten.

Die Newyorker Presse zur Brüning-Rede

Newyork, 10. Februar. Die hiesigen Blätter bringen ausführlich die Rede des Reichskanzlers. „Newyork Tribune“ schreibt: Frankreich werde niemals die Unterstützung anderer Staaten für eine Völkerbunds-polizei zur Unterdrückung Deutschlands finden, aber ebenso wenig Deutschland eine Unterstützung zur Entwaffnung Frankreichs. Ohne Rüstungsbeschränkung aber würden Frankreichs Rüstungen eine steigende Bedrohung Deutschlands sein. Die Abrüstung sei daher erst möglich, nachdem die Politik geändert sei, die sich auf die Rüstungen stütze.

Rede des japanischen Vertreters auf der Abrüstungskonferenz

Genf, 10. Februar. Nach Grandi sprach der japanische Delegationsführer, Botschafter Matsubara, der erklärte, trotz der unglücklichen Lage in Ostasien sei Japan so entschlossen wie je dazu entschlossen, die Sache der Abrüstungskonferenz zu fördern. Matsubara erklärte weiter, die japanische Delegation sei bereit, den Konventionentwurf als Grundlage der weiteren Arbeiten anzunehmen. Der Vertreter Japans machte geltend, daß die japanischen Streitkräfte in einzelnen Waffengattungen hinter der westeuropäischen Entwicklung noch sehr weit zurück seien. Eingehend erörterte er das Flottenproblem. Hoffentlich werde die Londoner Deklaration über die Einschränkung des Gebrauchs der Unterseeboote die Zustimmung aller Seemächte finden und auf die anderen Kriegsschiffstypen ausgedehnt werden können. Den Vorschlägen über das Verbot von Luftbombardements und der Verwendung von Giftgasen und Bakterien stimme die japanische Delegation vollkommen zu. Japan sei bereit, an einem gerechten praktischen Abkommen mitzuarbeiten, durch das die Begrenzung und die Herabsetzung der Rüstungen am besten bewirkt werde, jedoch dürfe die nationale Sicherheit nicht gefährdet werden.

Rede Zaleski

Genf, 10. Februar. Die französische These wurde heute zum ersten Mal unterstützt, und zwar von dem polnischen Außenminister Zaleski. Er begann mit einem Hinweis auf die geschichtliche Entwicklung und die geographische Lage Polens, die in dem polnischen Memorandum vom 14. September 1931 als Begründung für die Aufrechterhaltung des polnischen Rüstungsstandes angeführt wird. Zaleski forderte, daß der Konventionentwurf die Hauptbasis für die Ar-

beiten der Abrüstungskonferenz bilden solle. Dieser Entwurf müsse aber im Sinne der polnischen Auffassung ergänzt werden. Zaleski erklärte, daß die sogenannte indirekte Methode auf dem Wege der Budgetbegrenzung das einzige wirksame Mittel sei, um zu einer Abrüstung zu gelangen. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen trat Zaleski im Sinne des französischen Memorandums für die Schaffung eines organisierten internationalen Sicherheits- und Sanktions-systems ein.

Die Debatte wurde sodann auf Donnerstagvormittag vertagt.

Der Eindruck der Grandi-Rede

Genf, 10. Februar. Die Wirkung der Rede des italienischen Außenministers war sehr stark. Großer Beifall wurde dem Vertreter Italiens, als er Gleichberechtigung für alle Staaten forderte und mit besonderer Betonung erklärte, daß die einseitigen Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages nicht dazu da seien, eine ständige militärische Unterlegenheit Deutschlands und seiner Verbündeten gegenüber den anderen Staaten zu schaffen. Die Rede Grandis bildete eine willkommene Ergänzung der Rede des Reichskanzlers. Daß der Vertreter einer hochgerüsteten Großmacht die Formel gebrauchte, die militärisch schwächsten Staaten müßten auf der Abrüstungskonferenz die größten Opfer bringen, daß der Vertreter einer Großmacht, die sich bisher ungehindert an internationalen Verträgen beteiligen konnte, so energisch die Abrüstung der großen Militärmächte forderte und damit die Forderungen aufstellte, die auch selbstverständlich die deutschen Forderungen sind, ist besonders zu begrüßen. Grandi wurde nach Schluß seiner Rede von mehreren Delegierten, darunter Botschafter Radolny, Botschafter Gibson und Sir John Simon herzlich begrüßt.

Neue Unterzeichner des Hindenburg-Ausschusses

Berlin, 10. Februar. Wie vom Hindenburg-Ausschuss mitgeteilt wird, haben sich folgende weiteren Persönlichkeiten dem Aufruf des Hindenburg-Ausschusses angeschlossen:

Staatsminister Wilhelm Bazille-Stuttgart; Franz Behrens, Vorsitzender des Reichsverbandes ländlicher Arbeitnehmer; Professor Dr. Friedrich Bergius-Heidelberg; Kardinal Dr. Adolf Bertram, Erzbischof von Breslau;

Generaldirektor Dr. Ing. h. c. Die-Berlin; Professor Dr. Carl Bosch-Ludwigshafen; Konteradmiral a. D. Franz Brünninghaus-Berlin; Landgerichtspräsident a. D. Dr. von Campes-Hildesheim; Dr. Carl Diem-Berlin; Professor Dr. Graf zu Dohna-Bonn; Bürgermeister Dr. Elsch-Berlin; Professor Erdmannsdorffer, Rektor der Universität Heidelberg; Kardinal Michael von Faulhaber, Erzbischof von München-Freising; Generalsuperintendent Gottlieb Königberg; Professor Dr. Friedrich Wiese-Frankfurt; Walter Graf-Anklam; Alfons Pring zu Pfundberg-Bangensfeld; Präsident des Allgemeinen Deutschen Jagdsportvereins; Präsident des Reichsfinanzhofes in Ruhe John-